

Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD

5 Die Jusos im Unterbezirk Braunschweig sprechen sich für die Gründung der
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD aus.
Durch diese neue Arbeitsgemeinschaft soll das soziale Profil der SPD entschieden gestärkt
werden, da der soziale Bereich in der Politik der SPD sowohl durch rot- grün als auch durch
10 schwarz- rot deutlich in den Hintergrund getreten ist.. Ziel der Arbeitsgemeinschaft soll sein,
sich verstärkt um sozial benachteiligte Menschen zu kümmern, die die Regierungspolitik der
SPD nicht mehr anspricht.

*Spezielle Zielgruppen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten in der SPD sollen sein:*

- 15
- Arbeitssuchende
 - Die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen
 - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Allgemeinen
 - Sozial schwächer Gestellte und ältere Menschen

20

 - Auszubildende
 - Schülerinnen und Schüler
 - Studierende, die sich die Langzeitstudiengebühren nicht leisten können
 - Menschen, die im Zuge der Gesundheitsreformen 2003 und 2006 von massiver
Kostenerhöhung betroffen sind

25

 - Menschen, die im Zuge der Hartz IV- Reformen ihre Ersparnisse aufgeben mussten, um
Arbeitslosengeld II zu erhalten.
 - Speziell die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit 2003 ihr Krankengeld alleine
tragen müssen

30 *Genossinnen und Genossen, die das folgende Profil erfüllen, können in die
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD
aufgenommen werden:*

- 35
- Diejenigen, die sich zu den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus bekennen.
„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen
Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit,
Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung
für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.“

40

 - Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit
verantwortlich fühlen: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen.
Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen
und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die Gleichheit von Mann
und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen,
45 Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“
 - Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem Prinzip der Solidarität
verantwortlich fühlen: Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen
hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen. Solidarität ist zugleich
50 Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz, aus der Einsicht, dass
der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann
menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des
anderen wollen.
 - Diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Meinung vertreten, dass nur derjenige,
der sozial ausreichend abgesichert ist, überhaupt am gesellschaftlichen Leben
55 teilnehmen kann.

- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich für eine solidarische Bürgerversicherung und ein solidarisches Gesundheitswesen jenseits der Kopfpauschale und des Gesundheitsfonds einsetzen.
- 5 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich zum Prinzip der internationalen Solidarität und Zukunftsperspektiven für die Entwicklungsländer einsetzen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, dass freier Zugang zur Bildung allen Menschen gewährt sein muss, um die soziale Inklusion und soziale Teilhabe zu ermöglichen.
- 10 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die der Meinung sind, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen müssen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ unterstützen und dem öffentlichen Eigentum Vorrang vor Privateigentum einräumen.
- 15 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich für einen aktiven Sozialstaat und soziale sowie gesellschaftliche Teilnahme einsetzen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die Tarifautonomie sowie die Paritätische Finanzierung der Lohnnebenkosten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten möchten.
- 20 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich der Geschichte und den Traditionen der Sozialdemokratie verpflichtet fühlen und diese erhalten wollen. Wir wollen das Singen von Arbeiterlieder als Kulturgut und sozialdemokratische Tradition, keinesfalls aber als Folklore und Entertainment betrachten.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich zum Erbe Willy Brandts bekennen: Sozialistische Internationale, Gerechtigkeit, Freiheit, Partizipation, Sozialstaat, gesellschaftliche Reformen und mehr Demokratie, Bürgerentscheide, Abrüstung, internationaler Dialog, Perspektiven für die 3. Welt; Chancen des Einzelnen in gesellschaftlicher Verantwortung
- 25 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet fühlen.
- 30 • Und diejenigen Genossinnen und Genossen, die dafür plädieren, Konflikte friedlich in Form von internationalen Verhandlungen zu lösen.
- Sowie diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, ein auf dem Prinzip der Progressivität basierendes Steuersystem entspreche sozialdemokratischer Programmatik.
- 35

Dieses Anforderungsprofil kann im Rahmen der Neupositionierung der SPD am Markt mit einfacher Mehrheit auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD geändert werden.

40

45

50

60

